



1

In Ihrem Buch* ist von einem Anwalt die Rede, der Bauern von überhöhten Steuern befreien will. Er landet im Gefängnis, während andere Bauern vor einem anderen Gericht erfolgreich dagegen klagen. Es scheint, als gleiche die chinesische Justiz einem Lotteriespiel.

In China gibt es kein Präzedenzfallsystem. Ein Gericht kann beim gleichen Sachverhalt für den einen Kläger positiv entscheiden und für einen anderen negativ.

Man kann also nicht darauf vertrauen, zu seinem Recht zu kommen?

Genau. Der Grund dafür ist, dass es auf jeder Verwaltungsebene, ob lokal oder in den Provinzen, eine Parallelstruktur gibt: die Partei. Sie hat eine eigene juristische

1_ Ian Johnson leitet das Berliner Büro des Wall Street Journal

* Ian Johnson: „Wild Grass: Chinas Revolution from Below“. Penguin Books, London 2005, 324 Seiten, 8,99 Pfund.

Das Buch erzählt die Geschichten dreier chinesischer Aktivisten. Zur Zeit ist es nur auf Englisch erhältlich.

Kommission, die alle umstrittenen Urteile noch einmal untersucht

Das muss die Menschen frustrieren.

Natürlich – deswegen die Proteste. Die Regierung will aber auch, dass das Volk durch solche Klagemöglichkeiten Dampf ablassen kann. Die Partei weiß, dass sie Probleme hat, will aber zugleich ihren Herrschaftsanspruch behaupten und kann deshalb keine wirklich unabhängige Justiz erlauben. Die befände sich außerhalb ihrer Kontrolle.

Was passiert, wenn Klagen oder Proteste mit wirtschaftlichen Interessen kollidieren?

Das ist ein wirkliches Problem. In der Regel bekommt die Wirtschaft Rücken-deckung von der Regierung. Oder hat diese sogar gekauft. Das ist zum Beispiel der Fall bei einem umstrittenen Staudammprojekt in der Provinz Yunnan. Die Lokalregierung will es durchziehen, auch wenn die anderen Instanzen – wie etwa die Provinz – aus Umweltschutzgründen dagegen sind.

Und die Zentralregierung in Peking kann die Lokalbehörde nicht auf Linie bringen?

China ist zwar ein autoritäres Land, aber die Macht ist dezentralisierter als man denkt. Peking hat viele Prioritäten und kann sich nicht um alles gleichzeitig kümmern. Außerdem gehören gerade die Umweltbehörden zu den schwächsten Institutionen überhaupt.

Der Staat scheint überall seine Finger im Spiel zu haben. Was heißt das für die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen, also NGOs?

De facto gibt es in China nur von der Regierung organisierte NGOs. Vereine müssen sich bei der zuständigen Behörde registrieren lassen, die deren Arbeit dann kontrolliert. Der Staat schränkt zudem ihren Handlungsspielraum stark ein. NGOs dürfen keine Zweigstellen eröffnen. Man darf aber auch keine zweite NGO unter anderem Namen gründen. Der Staat will auf jeden Fall verhindern, dass sich Leute an der Basis organisieren und sich so ein Netzwerk bildet.

Gibt es Möglichkeiten, diese Regeln zu umgehen?

Natürlich. Freunde können eine NGO mit ähnlichen Zielen gründen. Ohnehin ist ja zum Beispiel der Umweltschutz ein Verfassungsziel. So lässt sich immer argumentieren, dass man die Ziele der Regierung unterstützt, wenn man für eine Umweltorganisation wie etwa „Friends of Nature“ arbeitet.

Wie arbeiten chinesische NGOs?

Viele von ihnen sind eher harmlos, eröffnen Kinderheime oder versuchen, Artikel in Zeitungen zu platzieren, etwa über aussterbende Tierarten. Es gibt viele Möglichkeiten, Fortschritt zu erzielen.

Es entsteht also so etwas wie eine Zivilgesellschaft?

Genau das ist noch unklar. Es gibt eben noch keine wirklich unabhängigen Institutionen neben Peking. Vieles hängt noch immer von Einzelpersonen oder von Beziehungen ab. Man kann sich zwar engagieren, aber es gibt eine Linie, die man nicht überqueren darf. Leider weiß man nie genau, wo diese Linie verläuft und ob man gerade gegen Parteiinteressen verstößt.

Welche Rolle spielen die Medien in dieser Entwicklung?

Sie sind zwar nicht unabhängig, stoßen aber viele Sachen an, indem sie etwa über Umweltskandale oder Korruption berichten. Es gibt sogar investigative Journalisten, zum Beispiel bei „Caijing“ in Peking. Die Zeitschrift berichtet vor allem über Korruption. Diese ist immer mit der Partei und deren Alleinherrschaft verbunden.

Was kann der Westen tun, um diese zarten Ansätze zu unterstützen?

Generell hilft viel Kontakt mit dem Ausland. Es gibt diverse Programme, etwa um chinesische Richter besser auszubilden. Sie sind zwar für den Westen, der lukrative Geschäfte in China macht, sicherlich eine Art Gewissenserleichterung. Doch sie schaden auch nicht. Vor allem aber müssen die westlichen Regierungen standhaft bleiben und das Waffenembargo weiter aufrechterhalten. Es ist unser letztes Druckmittel. China muss spüren, dass es die Menschenrechte achten muss, wenn es ein Vollmitglied der internationalen Staatengemeinschaft sein will. Das jetzige System ist so nicht akzeptabel. □